

**Antrag 201/I/2025****KDV Marzahn-Hellerdorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme. Überweisung LG im BT, Streichung Empfänger  
BPT (Konsens)****Zur Erhebung der Vermögenssteuer**

1 Die neue Fraktion der SPD im Bundestag wird aufgefor-  
2 dert sich gemäß des Beschlusses des Bundesparteitages  
3 aus dem Jahr 2019, geeignete Anstrengungen zu unter-  
4 nehmen, um sicherzustellen, dass die Erhebung der Ver-  
5 mögenssteuer in einer mit dem Urteil des Bundesverfas-  
6 sungsgerichtes vom 22.06.1995 vereinbarten Form so bald  
7 wie möglich wieder aufgenommen werden kann.

8

9

**10 Begründung**

11 Die Vermögenssteuer wurde in der Bundesrepublik  
12 Deutschland ab 1952 erhoben, ihre Höhe betrug 1996  
13 (im letzten Jahr ihrer Erhebung) ca. 9 Milliarden DM.  
14 Wegen unterschiedlicher Bewertung von Immobilien-  
15 und Bar-/Aktien-Vermögen wurde die Erhebung ab  
16 1997 in der bis dahin gültigen Form vom Bundesver-  
17 fassungsgesetz untersagt und dem Gesetzgeber quasi  
18 empfohlen, den festgestellten Mangel zu beheben. Die  
19 damalige Bundesregierung hat jedoch entschieden, die-  
20 ses Urteil des BVerfG zum Anlass zu nehmen, die Erhebung  
21 der Vermögenssteuer ersatzlos einzustellen, ohne das  
22 Vermögenssteuer-Gesetz aufzuheben. Seitdem gehen  
23 dem Staatshaushalt jährlich erhebliche Einnahmen  
24 verloren.

25 Für die Wiederaufnahme der Erhebung der Vermögens-  
26 steuer sprechen u.a. folgende Argumente:

- 27 1. Die Erhebung dieser Steuer führt nicht (wie oft be-  
28 hauptet wird) zu einer Schwächung der deutschen  
29 Volkswirtschaft, wie deren Entwicklung nach dem  
30 Krieg ('Wirtschaftswunder') eindrucksvoll bewiesen  
31 hat. Die Kosten dafür betragen nach Schätzungen  
32 etwa 3% der Steuereinnahmen.
- 33 2. Die Steuerlast sollte, wie der Namen sagt, auf  
34 Vermögen erhoben werden, d.h. der Besitz des über-  
35 wiegenden Teils der Bevölkerung (z.B. Eigenhei-  
36 me etc.) sollte durch angemessene Freibeträge ge-  
37 schützt sein (wie bis 1996 praktiziert).
- 38 3. Die vom BVerfG kritisierte unterschiedliche Bewer-  
39 tung von Immobilien und Bar-/Aktien-Besitz könnte  
40 z.B. auf einem mittleren Bewertungsniveau angegli-  
41 chen werden.